



# IW-Trends

**Wer lässt sich in Deutschland einbürgern? Eine Analyse auf Basis des Mikrozensus 2022**

Wido Geis-Thöne

**IW-Trends 1/2026**

Vierteljahresschrift zur  
empirischen Wirtschaftsforschung  
Jahrgang 53



## Herausgeber

### Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V.

Postfach 10 19 42  
50459 Köln  
[www.iwkoeln.de](http://www.iwkoeln.de)

Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) ist ein privates Wirtschaftsforschungsinstitut, das sich für eine freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung einsetzt. Unsere Aufgabe ist es, das Verständnis wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Zusammenhänge zu verbessern.

## Das IW in den sozialen Medien

X  
[x.com@iw\\_koeln](mailto:x.com@iw_koeln)

LinkedIn  
[@Institut der deutschen Wirtschaft](#)

Facebook  
[@IWKoeln](#)

Instagram  
[Instagram@IW\\_Koeln](#)

## Verantwortliche Redakteure

### Prof. Dr. Michael Grömling

[groemling@iwkoeln.de](mailto:groemling@iwkoeln.de)  
0221 4981-776

### Holger Schäfer

[schaefer.holger@iwkoeln.de](mailto:schaefer.holger@iwkoeln.de)  
030 27877-124

**Alle Studien finden Sie unter  
[www.iwkoeln.de](http://www.iwkoeln.de)**

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung erhalten Sie über [lizenzen@iwkoeln.de](mailto:lizenzen@iwkoeln.de).

In dieser Publikation wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit regelmäßig das grammatische Geschlecht (Genus) verwendet. Damit sind hier ausdrücklich alle Geschlechteridentitäten gemeint.

ISSN 1864-810X (Onlineversion)

© 2026  
Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH  
Postfach 10 18 63, 50458 Köln  
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln  
Telefon: 0221 4981-450  
[iwmedien@iwkoeln.de](mailto:iwmedien@iwkoeln.de)  
[iwmedien.de](http://iwmedien.de)

# Wer lässt sich in Deutschland einbürgern? Eine Analyse auf Basis des Mikrozensus 2022

Wido Geis-Thöne, April 2026

## Zusammenfassung

Lässt man die überwiegend nicht formal eingebürgerten Spätaussiedler außer Acht, lebten im Jahr 2022 den Angaben im Mikrozensus zufolge 2,69 Millionen eingebürgerte Personen in Deutschland, was 3,3 Prozent der Gesamtbevölkerung entspricht. Von diesen gingen 1,74 Millionen einer Erwerbstätigkeit nach, womit der Anteil an allen Erwerbstätigen mit 4,2 Prozent noch etwas höher lag. Von den in den Jahren 2002 bis 2016 eingereisten Personen im Alter zwischen 25 und 64 Jahren, die die deutsche Staatsangehörigkeit nicht auf anderem Wege erhalten haben, hatte sich bis zum Jahr 2022 mit 11,3 Prozent etwas mehr als jeder Zehnte einbürgern lassen. Besonders häufig war dies bei Akademikern, bei Personen mit Ausbildungsmotiv und bereits im Kindesalter eingereisten Personen der Fall. Eine multivariate Analyse zeigt die Zusammenhänge unter sonst gleichen Bedingungen. Dabei sticht der Ursprung in einem Asylherkunftsland stark heraus. In den letzten Jahren hat insbesondere der Anteil der syrischen Staatsangehörigen an den Einbürgerungen sehr stark zugenommen. Die Erwerbstätigenquote aller Eingebürgerten lag im Jahr 2022 mit 80,1 Prozent weit höher als bei den in den Jahren 2002 bis 2016 zugewanderten 25- bis 64-Jährigen ohne deutsche Staatsangehörigkeit, die 72,0 Prozent betrug. Damit erreicht sie fast das Niveau der Personen, die die deutsche Staatsangehörigkeit mit Geburt erworben haben. Auch unter sonst gleichen Bedingungen – insbesondere im Hinblick auf den Bildungsstand – bleiben deutliche Unterschiede zwischen eingebürgerten und Zuwanderern ohne deutsche Staatsangehörigkeit bestehen.

Stichwörter: Migration, Arbeitsmarktintegration, Migrationsrecht

JEL-Klassifikation: F22, J15, K37

DOI: 10.2373/1864-810X.26-01-04

## Hintergrund

Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels ist die deutsche Wirtschaft in zunehmenden Maß auf Fachkräfte aus dem Ausland angewiesen, um ihre Leistungsfähigkeit und damit Wachstum und Wohlstand im Land zu sichern. Gleichzeitig gelingt es nicht allen zuwandernden Personen, zeitnah nach ihrer Einreise am deutschen Arbeitsmarkt erfolgreich Fuß zu fassen (Geis-Thöne, 2023). Daraus resultiert häufiger ein Bezug staatlicher Transferleistungen, der die vor dem Hintergrund der demografischen Verschiebung zwischen Nettozahlern und Beziehern staatlicher Leistungen ohnehin stark unter Druck stehenden öffentlichen Haushalte noch weiter belastet. Dies macht bei Zuwanderung und Integration ein sehr differenziertes politisches Vorgehen notwendig. So sollten auf der einen Seite Personen, die mit ihrem qualifikatorischen Hintergrund Fachkraftstellen in Engpassbereichen besetzen können, im Ausland gezielt umworben und für den Zuzug nach Deutschland gewonnen werden und auf der anderen Seite sollten Personen mit ungünstigen Integrationsperspektiven möglichst wenig Migrationsanreize geboten werden. Gleichzeitig muss insbesondere bei Personen mit ungünstigen qualifikatorischen Voraussetzungen, deren Aufnahme in Deutschland unter Umständen aus ethischen Erwägungen geboten sein kann, auf eine möglichst erfolgreiche Integration in den deutschen Arbeitsmarkt hingearbeitet werden. Dabei kann sich ein Spannungsfeld zwischen einer Qualifizierung zur Verbesserung der Perspektiven und einem schnellen Einstieg in den Arbeitsmarkt ergeben.

Um in diesem Kontext eine möglichst erfolgreiche Strategie zu finden, ist ein differenziertes Monitoring der Entwicklungen bei Migration und Integration notwendig. Allerdings lässt sich in den meisten einschlägigen Datenquellen, insbesondere den Arbeitsmarktstatistiken auf Basis der Meldungen zur Sozialversicherung, nur beobachten, ob Personen keine deutsche Staatsangehörigkeit haben und nicht, ob sie tatsächlich zugewandert sind. Dies erklärt sich mit der Entwicklung der amtlichen Statistik in Deutschland in der Nachkriegszeit. Wäre damals anstatt der Staatsangehörigkeit das Geburtsland als wesentliches Differenzierungsmerkmal verwendet worden, dann wären Personen aus den nach der Neuordnung Europas nicht mehr zu Deutschland gehörenden Ostgebieten wie auch aus den deutschstämmigen Ansiedlungen außerhalb des vormaligen Reichsgebiets als Zuwanderer klassifiziert worden. Das hätte der damals gängigen Konzeption der deutschen Nation widersprochen. Erst mit dem

Mikrozensus des Jahres 2005 wurden im Rahmen der amtlichen Statistik überhaupt Daten zur zugewanderten Bevölkerung an sich erfasst (Geis-Thöne, 2022a). Dabei gibt es in Deutschland sowohl erwachsene Personen, die im Land geboren sind, aber die deutsche Staatsangehörigkeit weder mit ihrer Geburt noch später erworben haben, als auch Personen, die selbst zugewandert sind und die deutsche Staatsangehörigkeit in Folge durch eine Einbürgerung erhalten haben.

Vor allem Letztere können die Aussagekraft eines Monitorings der Integrationsprozesse anhand der Staatsangehörigkeit deutlich einschränken, da der Zugang zur Einbürgerung vom Stand der Integration insbesondere am Arbeitsmarkt abhängt (Geis-Thöne, 2022b). So kann es dazu kommen, dass die Lage einzelner Zuwanderergruppen am deutschen Arbeitsmarkt und damit ihr Beitrag zur gesamtwirtschaftlichen und fiskalischen Entwicklung im Land deutlich zu negativ eingeschätzt wird, weil bei einer Betrachtung allein auf Basis der Staatsangehörigkeit eine größere Anzahl gut integrierter eingebürgerter Zuwanderer völlig außer Acht gelassen wird. Gleichzeitig besteht auch die Gefahr, dass der Problemdruck bei der Integration unterschätzt wird, wenn bei der Interpretation von Befunden auf Basis der Staatsangehörigkeit davon ausgegangen wird, dass in Deutschland neben diesen sehr viele oder sehr viel besser am deutschen Arbeitsmarkt positionierte, eingebürgerte Angehörige der jeweiligen Zuwanderergruppe leben. Häufig ist es nicht möglich, Analysen zur Integration unmittelbar auf nach Geburtsland differenzierten Daten zu basieren. In diesen Fällen sind empirisch fundierte Befunde über die eingebürgerte Bevölkerung hilfreich. Hierzu leistet der vorliegende Artikel mit einer eigenen Auswertung des Mikrozensus 2022 einen Beitrag, indem er nach einem kurzen Abriss der Entwicklung der Einbürgerungen in Deutschland die soziodemografischen Charakteristika und die Arbeitsmarktlage der Eingebürgerten in den Blick nimmt.

## **Entwicklung der Einbürgerungen in Deutschland**

In den letzten Jahrzehnten haben sich die Kreise der Personen, die für eine Einbürgerung in Frage kommen und die deutsche Staatsangehörigkeit auf anderem Wege erhalten, mehrfach grundlegend verändert. Bis zum Jahr 1993 waren Personen mit einer sogenannten „deutschen Volkszugehörigkeit“ aus den vormals sozialistischen Ländern Mittel- und Osteuropas und der ehemaligen Sowjetunion nach

§ 1 Abs. 2 Nr. 3 Bundesvertriebenengesetz (BVFG) als Aussiedler den Vertriebenen im Kontext des Zweiten Weltkriegs gleichgestellt. Dies hatte zur Folge, dass sie die deutsche Staatsangehörigkeit ohne formale Einbürgerung erwarben. Dabei bemaß und bemisst sich diese Volkszugehörigkeit an Abstammung, Verwendung der deutschen Sprache und kulturellen Merkmalen (§ 6 BVFG). Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs wurde dieser Zugangsweg mit dem im Jahr 1993 in Kraft getretenen Kriegsfolgenbereinigungsgesetz geschlossen und ein neuer spezifischer Rechtsstatus als Spätaussiedler geschaffen, den nur noch vor dem Jahr 1993 geborene deutsche Volkszugehörige aus den ehemaligen Sowjetrepubliken erhalten konnten (§ 4 BVFG). Diese Spätaussiedler mussten zunächst nach § 4 Abs. 3 Satz BVFG a. F. ein formales Einbürgerungsverfahren durchlaufen, um die deutsche Staatsangehörigkeit zu erwerben. Angesichts des substanziellen an sich nicht notwendigen Verwaltungsaufwands wurde dies mit der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts im Jahr 1999 geändert und in § 7 Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG) festgesetzt, dass auch Spätaussiedler die deutsche Staatsangehörigkeit ohne formale Einbürgerung erhalten.

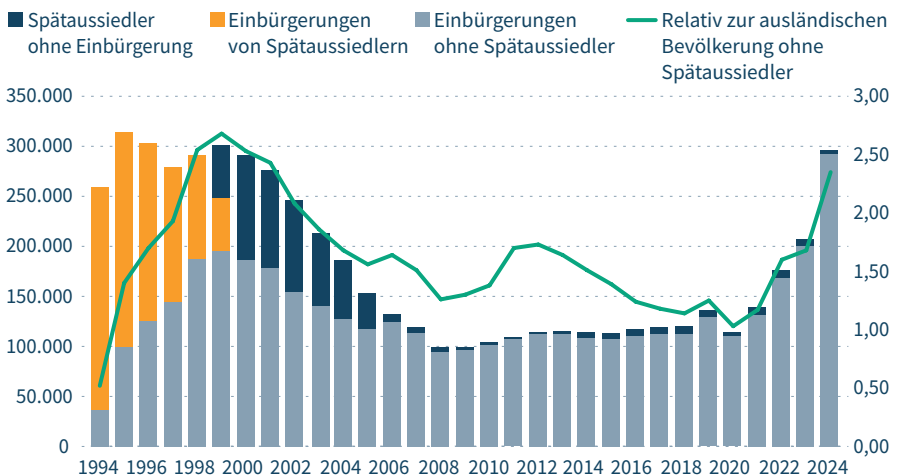
Vor diesem Hintergrund sind die Einbürgerungszahlen der Jahre 1993 bis 1999, in denen ein sehr starker Zuzug von Spätaussiedlern erfolgt ist, kaum mit denen anderer Zeiträume vergleichbar. Um dennoch ein realistisches Bild über die Entwicklung seit den 1990er Jahren zu erhalten, wurden in Abbildung 1 für den genannten Zeitraum die Einbürgerungszahlen abzüglich der Zahlen der aufgenommenen Spätaussiedler ausgewiesen. Legt man diese zugrunde, wurde im Jahr 2024 mit 292.000 Einbürgerungen der bisherige Höchstwert erreicht. Einschließlich der eingebürgerten Spätaussiedler lag der Höchstwert mit 314.000 Fällen im Jahr 1995. Betrachtet man die Gesamtzahlen der Personen, die die deutsche Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung oder als (Spät-)Aussiedler mit oder ohne Einbürgerung erhalten haben, waren auch diese in den 1990er Jahren am höchsten. Setzt man die Einbürgerungszahlen ins Verhältnis zur ausländischen Gesamtbevölkerung, ergibt sich ohne die eingebürgerten Spätaussiedler für das Jahr 1999 mit 2,68 Prozent der Höchstwert, der im Jahr 2024 mit 2,35 Prozent noch deutlich unterschritten wurde. Eine Beschränkung der Bezugsgröße auf die ausländische Bevölkerung mit einer spezifischen Mindestaufenthaltsdauer wäre hier nicht sinnvoll, da sich die entsprechenden Anforderungen für die Einbürgerung im Betrachtungszeitraum geändert haben.

Eine zweite wesentliche Veränderung des für Einbürgerung infrage kommenden Personenkreises hat sich mit der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts im Jahr 2000 ergeben. Bis dahin galt ein striktes Abstammungsprinzip, sodass sämtliche in Deutschland geborenen Kinder ausländischer Eltern ein formales Einbürgerungsverfahren durchlaufen mussten, um die deutsche Staatsangehörigkeit zu erhalten. Seit der Reform erhalten nach dem Geburtslandprinzip auch Kinder ausländischer Eltern die deutsche Staatsangehörigkeit, ohne dass dies besonders beantragt werden müsste, wenn ein Elternteil zunächst seit mindestens acht Jahren und seit 2024 seit mindestens fünf Jahren rechtmäßig in Deutschland lebt und ein unbefristetes Aufenthaltsrecht hat. Dies kann den sukzessiven Rückgang der Einbürgerungszahlen in den 2000er Jahren erklären (Abbildung 1). Allerdings gilt dies nicht rückwirkend, sodass auch nach dem Jahr 2000 noch viele Einbürgerungen von bereits früher geborenen Kindern dieser Gruppe erfolgt sind.

### Entwicklung der Einbürgerungszahlen

Abbildung 1

Anzahl und Anteile in Prozent



Erst seit dem 1. August 1999 erhalten Spätaussiedler die deutsche Staatsangehörigkeit (wieder) ohne formale Einbürgerungen, sodass sie bis dahin in den Einbürgerungszahlen enthalten sind. Für das Jahr 1999 wurde von einer hälftigen Aufteilung der Fälle ausgegangen.

Quellen: Bundesverwaltungsamt, 2025; Statistisches Bundesamt, 2025a; eigene Berechnungen

Abbildung 1: <https://dl.iwkoeln.de/index.php/s/f9eEeYEFmfwntmS>

Betrachtet man die bisher bestehenden Staatsangehörigkeiten der eingebürgerten Personen, zeigt sich in den letzten Jahren eine starke Verschiebung hin zu Syrien und anderen Asylherkunftsländern (Abbildung 2). Das Jahr 2024 weist dabei die Besonderheit auf, dass von deutscher Seite erstmals allen eingebürgerten Personen die doppelte Staatsangehörigkeit gewährt wurde. Die Neuregelung könnte bei Herkunftsländern, für die das zuvor nicht möglich war, einen Nachholeffekt bewirkt haben. Dies betrifft vorwiegend die Türkei und die Westbalkanländer. Staatsangehörige der anderen EU-Länder und von Ländern, bei denen eine Aufgabe der Staatsangehörigkeit faktisch kaum möglich ist – insbesondere Syrien – hatten auch bereits zuvor Zugang zur doppelten Staatsangehörigkeit (Geis-Thöne, 2022b).

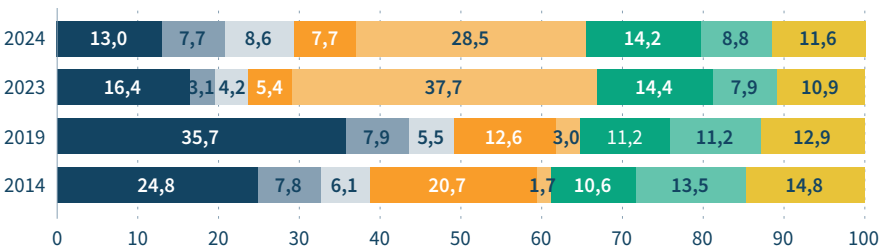
Von den im Jahr 2024 eingebürgerten Personen mit syrischer Staatsangehörigkeit lebten 77,2 Prozent (2023: 90,8 Prozent) und von denen mit der Staatsangehörigkeit eines Asylherkunftslands 71,6 Prozent (2023: 83,0 Prozent) zuvor weniger als neun Jahre in Deutschland. Dahingegen traf dies nur auf 35,7 Prozent der eingebürgerten Personen mit anderen Staatsangehörigkeiten (2023: 34,1 Prozent) zu (Statistisches Bundesamt, 2024; 2025b; eigene Berechnungen). Setzt man die im Jahr 2024 mit einer Aufenthaltsdauer von fünf bis acht Jahren eingebürgerten Personen ins Verhältnis zur zum Jahreswechsel 2022/2023 seit vier bis acht Jahren in Deutschland lebenden

### Einbürgerungen nach bisheriger Staatsangehörigkeit

Abbildung 2

Anteile in Prozent

■ EU und Westeuropa 
 ■ Westbalkan 
 ■ Verbleibendes Europa 
 ■ Türkei 
 ■ Syrien 
 ■ Weitere Asylherkunftsländer\* 
 ■ Rest Asiens 
 ■ Rest der Welt



\*Afghanistan, Eritrea, Irak, Iran, Nigeria, Pakistan und Somalia.  
Quellen: Statistisches Bundesamt, 2025a; eigene Berechnungen

Abbildung 2: <https://dl.iwkoeln.de/index.php/s/Q7HAtDwRjSfp8fY>

Bevölkerung, kommt man für Syrien auf einen Anteil von 9,4 Prozent, für die Asylherkunftsländer zusammen auf 6,8 Prozent und für die übrigen Herkunftsländer auf 2,3 Prozent (Statistisches Bundesamt, 2025a; 2025b; eigene Berechnungen). Damit lässt sich feststellen, dass die Eingebürgerten bei Analysen zu den Integrationsverläufen der Geflüchteten unbedingt mit in den Blick genommen werden sollten, wohingegen sie bei anderen Zuwanderergruppen in der früheren Phase des Aufenthalts eher nachrangige Bedeutung haben.

### **Charakteristika der eingebürgerten Bevölkerung**

Den Angaben beim Mikrozensus zufolge lebten im Jahr 2022 insgesamt 4,28 Millionen eingebürgerte Personen in Deutschland, von denen 1,59 Millionen oder 37,1 Prozent der Gruppe der eingebürgerten Spätaussiedler zuzurechnen waren. Allerdings gibt es eine etwas größere Anzahl an Fällen, bei denen diese Selbstzuschreibung vor dem Hintergrund der Angaben zu Geburtsland oder Einreisejahr nicht zutreffen kann. Die eingebürgerten Spätaussiedler sind den anderen Aussiedlern und Spätaussiedlern strukturell sehr viel ähnlicher als den anderen eingebürgerten Personen. Daher erscheint es für die folgenden Analysen zielführender, die Gruppen der Eingebürgerten ohne Spätaussiedler und aller Spätaussiedler gemeinsam ohne Differenzierung nach der Art des Erwerbs der Staatsbürgerschaft zu betrachten. Wird im Folgenden der besseren Lesbarkeit halber nur von Eingebürgerten gesprochen, sind immer erstere gemeint. Im Jahr 2022 umfasste diese Gruppe 2,69 Millionen Personen, was 3,3 Prozent der Bevölkerung in Deutschland entsprach. Zehn Jahre zuvor waren es erst 2,25 Millionen oder 2,8 Prozent. Betrachtet man alle Personen, die die deutsche Staatsangehörigkeit im Laufe ihres Lebens durch Einbürgerung oder als (Spät-)Aussiedler erhalten haben – die einzige weitere hier nicht mitbetrachtete Möglichkeit wäre eine Adoption – kommt man für das Jahr 2022 auf 5,31 Millionen Personen oder 6,5 Prozent und für das Jahr 2012 auf 4,62 Millionen oder 5,7 Prozent (FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, DOI: 10.21242/12211.2022.00.00.1.1.1; DOI: 10.21242/12211.2012.00.00.1.1.1).

Mit einem Anteil von 75,8 Prozent war die große Mehrheit der eingebürgerten Personen ohne Spätaussiedler im Jahr 2022 im Kernerwerbssalter zwischen 25 und 64 Jahren. Bei Eingebürgerten und Spätaussiedlern zusammen lag dieser Anteil bei 73,4 Prozent. Nur 2,9 Prozent der Eingebürgerten waren minderjährig und weitere 4,3 Prozent im frühen Erwachsenenalter zwischen 18 und 24 Jahren, in dem sich viele Personen noch in der Ausbildung befinden. Bei der Gesamtgruppe der Eingebürgerten und (Spät-)Aussiedler lagen die Anteile sogar nur bei 2,0 Prozent und 3,1 Prozent. Das 65. Lebensjahr bereits erreicht hatten 17,0 Prozent der Eingebürgerten und 21,5 Prozent der Gesamtgruppe (FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, DOI: 10.21242/12211.2022.00.00.1.1.1). Mit Blick auf die Integration in den Arbeitsmarkt ist vor allem die Lage der Erwachsenen im Kernerwerbssalter bedeutsam und zu manchen soziodemografischen Charakteristika, wie insbesondere dem Bildungsstand, lassen sich für andere Altersgruppen auch gar keine sinnvollen Aussagen treffen. Daher fokussieren die folgenden Analysen auf die 25- bis 64-Jährigen.

### Der Mikrozensus als Datengrundlage

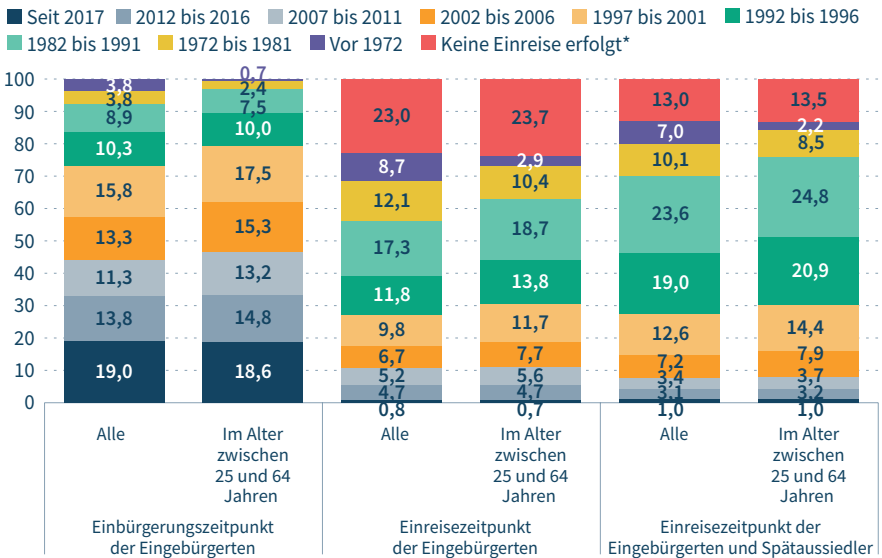
Kasten

Der Mikrozensus ist Teil der amtlichen Statistik in Deutschland und liefert für diese die Daten zu verschiedenen Themenbereichen, etwa zu Familienstrukturen, Bildungsstand und Arbeitszeiten. Er basiert auf einer jährlich stattfindenden Befragung von rund 975.000 Personen in 379.000 privaten Haushalten und Gemeinschaftsunterkünften, was etwa 1 Prozent der Bevölkerung entspricht. Die Auswahl der Teilnehmer erfolgt nicht direkt, sondern anhand der Wohngebäude, die in einem rotlierenden System jeweils bis zu viermal in Folge Teil der Stichprobe sind. So werden grundsätzlich auch Zuwanderer erfasst, die nach der Stichprobenziehung ins Land gekommen sind. Die Erhebung findet unterjährig statt, sodass die Ergebnisse, insbesondere auch zur Beteiligung am Arbeitsmarkt, Jahresdurchschnittswerte darstellen. Die Gefahr von Verzerrungen durch die Nichtteilnahme einzelner Personengruppen oder Antwortausfälle ist beim Mikrozensus sehr gering, da in weiten Teilen eine gesetzlich verankerte Auskunftspflicht besteht (Statistisches Bundesamt, 2023).

## Eingebürgerte Bevölkerung nach Einbürgerungs- und Einreisezeitpunkten

Abbildung 3

Anteile in Prozent; Stand: 2022



\*Inklusive Personen mit fehlender Angabe.

Quellen: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, DOI: 10.21242/12211.2022.00.00.1.1.1.; eigene Berechnungen

Abbildung 3: <https://dl.iwkoeln.de/index.php/s/NwoZe8w3BiskGNQ>

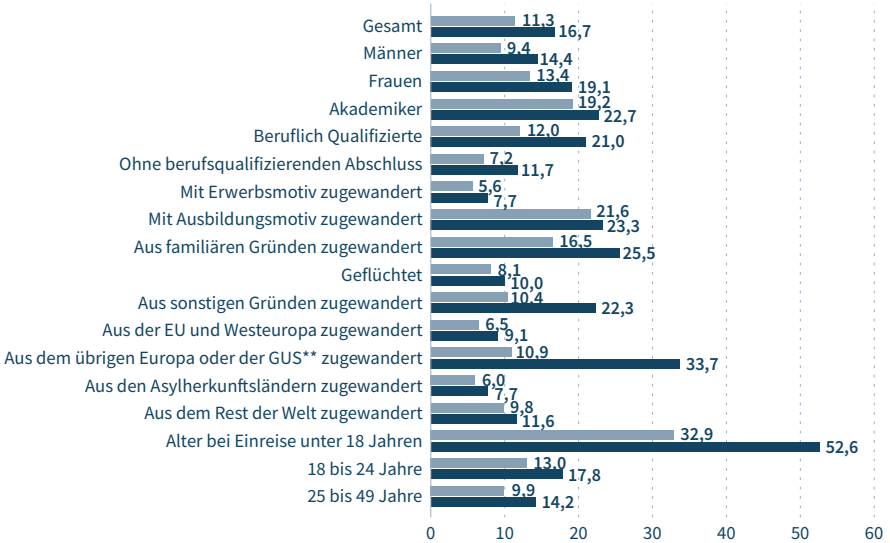
Viele der Eingebürgerten verfügen erst seit vergleichsweise kurzer Zeit über die deutsche Staatsangehörigkeit. So lagen im Jahr 2022 die Anteile der Personen mit Einbürgerungszeitpunkten seit dem Jahr 2012 bei 32,7 Prozent bei allen Eingebürgerten und bei 33,4 Prozent bei den 25- bis 64-Jährigen, was jeweils rund ein Drittel der Eingebürgerten ausmacht. Die Einreisezeitpunkte liegen deutlich weiter zurück, wobei sich ein Schwerpunkt bei den in den 1990er Jahren eingereisten Personen ausmachen lässt. Bei über einem Fünftel der eingebürgerten Bevölkerung liegt kein Einreisezeitpunkt vor, da die betreffenden Personen in Deutschland geboren wurden (Abbildung 3). Diese haben in der Regel auch ihre Kindheit und Jugend dort verbracht, sodass ihre Integration unter völlig anderen Voraussetzungen erfolgt ist als bei erst im späteren Leben zugewanderten Personen. Hinzu kommt, dass diese Gruppe durch

## Eingebürgerte nach soziodemografischen Charakteristika

Abbildung 4

Anteile der in den Jahren 2002 bis 2016 zugewanderten Bevölkerung\* im Alter zwischen 25 und 64 Jahren mit den jeweiligen Eigenschaften in Prozent; Stand: 2022

■ Eingebürgerte ■ Eingebürgerte und Spätaussiedler



\*Ohne Deutsche durch Geburt oder Adoption sowie bei der Betrachtung nur der Eingebürgerten ohne die Spätaussiedler in der Grundgesamtheit.

\*\*Inklusive Russland und Türkei.

Quellen: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, DOI: 10.21242/12211.2022.00.00.1.1.1; eigene Berechnungen

Abbildung 4: <https://dl.iwkoeln.de/index.php/s/LW9WfQSWtHTm2KX>

die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts im Jahr 2000 in den jüngeren Jahrgängen strukturell wesentlich kleiner ist. Vor diesem Hintergrund ist es nicht zielführend, sie mitzuberücksichtigen, wenn man abschätzen möchte, welche Verzerrung sich bei Analysen zum Verlauf der Integration durch eine alleinige Betrachtung der ausländischen Bevölkerung ergibt, obschon ein kleinerer Teil der ausländischen Bevölkerung auch in Deutschland geboren ist. Hierfür ist ebenfalls eine weitere Eingrenzung der Beobachtungsgruppe auf spezifische Einwanderungsjahre sinnvoll, um nicht unter völlig unterschiedlichen historischen Rahmenbedingungen nach Deutschland gekommene Personen in Bezug zueinander zu setzen. Für die folgenden Betrachtungen wurde ein

Einreisezeitraum zwischen den Jahren 2002 und 2016 gewählt. Im Jahr 2002 waren die insbesondere durch die Aufnahme der Spätaussiedler, in deren Umfeld auch weitere Personen ohne diesen Rechtstatus ins Land gekommen waren, geprägten starken Zuwanderungsbewegungen der 1990er Jahre weitgehend abgeschlossen, sodass sich mit dieser Grenze von zwei Dekaden nur vergleichsweise wenige unter völlig anderen historischen Voraussetzungen nach Deutschland gekommene Personen in der Beobachtungsgruppe befinden sollten. Dass mit dem Jahr 2016 ein etwas zurückliegender Endzeitpunkt gewählt wurde, erklärt sich damit, dass später ins Land gekommene Personen die im Jahr 2022 gültige Mindestaufenthaltsdauer für eine Anspruchseinbürgerung von sechs Jahren (bei besonderer Integrationsleistung) nicht erfüllen und nur im Rahmen von Ermessenseinbürgerungen – etwa als Familienangehörige von Eingebürgerten – die deutsche Staatsangehörigkeit erwerben konnten.

Von den Personen im Alter zwischen 25 und 64 Jahren, die in den Jahren 2002 bis 2016 eingereist sind und die deutsche Staatsangehörigkeit nicht als Spätaussiedler oder auf anderem Weg erhalten haben, hatte im Jahr 2022 mit 11,3 Prozent etwas mehr als jeder Zehnte die deutsche Staatsangehörigkeit durch eine Einbürgerung erworben (Abbildung 4). Differenziert man nach dem Bildungsstand, war es bei den Akademikern mit 19,2 Prozent nahezu jeder Fünfte, bei den Personen ohne berufsqualifizierenden Abschluss mit 7,2 Prozent nur rund jeder Vierzehnte. Auch waren die Anteile bei zur Ausbildung und aus familiären Gründen eingereisten sowie bei bereits im Kindesalter ins Land gekommenen Personen besonders hoch. Zwischen diesen soziodemografischen Charakteristika gibt es starke Interdependenzen. So sind zur Ausbildung ins Land kommende Personen bei ihrer Einreise in der Regel noch jung und erwerben infolge häufig einen akademischen Abschluss. Wandern Kinder nach Deutschland zu, erfolgt das in der Regel im Rahmen des Familiennachzugs. Betrachtet man vor diesem Hintergrund mithilfe einer multivariaten Analyse, wie sich die Zusammenhänge unter sonst gleichen Bedingungen bei weiteren soziodemografischen Charakteristika darstellen, ändert sich das Bild deutlich. Nun sticht der Ursprung in einem Asylherkunftsland mit einer gegenüber einer Herkunft in der EU oder Westeuropa unter sonst gleichen Bedingungen um 14,7 Prozentpunkte höheren Wahrscheinlichkeit einer Einbürgerung sehr stark heraus (Abbildung 5). Nimmt man die Spätaussiedler mit in den Blick, ändert sich das Gesamtbild wenig. In dieser Abgrenzung liegt der Anteil der

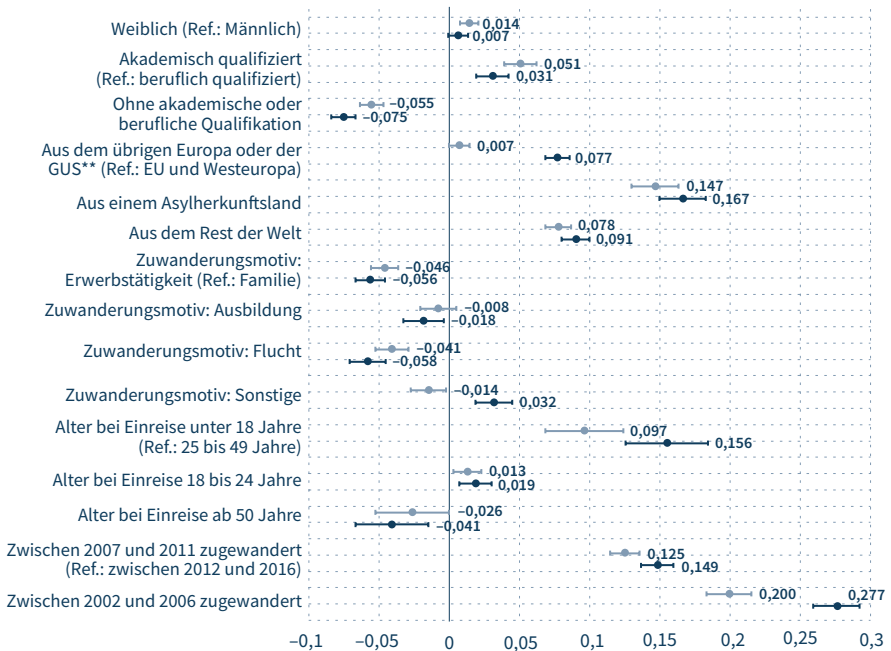
Personen mit Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit bei den Zuwanderern aus dem typischen Herkunftsbereich der Spätaussiedler in Osteuropa (außerhalb der EU) und der ehemaligen Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS) wesentlich höher.

### Multivariate Analyse zu soziodemografischen Charakteristika und Einbürgerung

Abbildung 5

In den Jahren 2002 bis 2016 zugewanderte Bevölkerung\* im Alter zwischen 25 und 64 Jahren; abhängige Variable eingebürgert bzw. eingebürgert oder Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit als Spätaussiedler ja/nein; Stand: 2022; Ausgewiesen wurden marginale Effekte und die zugehörigen 95-Prozent-Konfidenzintervalle

● Einbürgerung ● Einbürgerung oder Status als Spätaussiedler



Lesehilfe: Bei Frauen liegt die Wahrscheinlichkeit, eingebürgert zu sein, unter sonst gleichen Bedingungen um 1,4 Prozentpunkte höher als bei Männern.

Unter Kontrolle für das Alter in fünf Jahreskategorien und das Wohnortbundesland.

\*Ohne Deutsche durch Geburt oder Adoption sowie bei der Betrachtung nur der Eingebürgerten ohne die Spätaussiedler in der Grundgesamtheit.

\*\*Inklusive Russland und Türkei.

Quellen: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, DOI: 10.21242/12211.2022.00.00.1.1.1; eigene Berechnungen

Abbildung 5: <https://dl.iwkoeln.de/index.php/s/cRHpHrcKRit2RHk>

Hinter diesen Zusammenhängen dürften zwei grundsätzlichere Determinanten der Entscheidung über die Einbürgerung stehen. Erstens ist von Bedeutung, wie sehr sich der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit für die betreffenden Personen lohnt. Dies hängt einerseits davon ab, wie wichtig die mit ihr verbundenen Rechte eingeschätzt werden, wozu neben dem aktiven und passiven Wahlrecht insbesondere auch der Zugang zu Stellen im Beamtentum und weiteren öffentlichen Ämtern zählt. Besonders relevant ist die deutsche Staatsangehörigkeit für Personen, die vorübergehend in die Herkunftsländer zurückkehren wollen und ohne sie voraussichtlich nicht wieder nach Deutschland zurückkehren können (Geis-Thöne, 2022b). Dies dürfte insbesondere bei Zuwanderern aus den Asylherkunftsländern häufiger der Fall sein, wohingegen es bei EU-Ausländern vor dem Hintergrund der Freizügigkeit keine Rolle spielen kann. Ein Thema sind auch die weiteren Reisemöglichkeiten, deren Relevanz von den beruflichen Umfeldern und Lebensentwürfen der zugewanderten Personen abhängen, und die sich je nach Herkunftsland mit dem Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit unterschiedlich stark ändern. Von Bedeutung ist auch, ob die bisherige Staatsangehörigkeit mit dem Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit aufgegeben werden muss, was insbesondere für weitere (wirtschaftliche) Aktivitäten in den Herkunftsländern nachteilig sein kann. Deutschland toleriert zwar inzwischen grundsätzlich die Mehrstaatigkeit, jedoch ist dies bei einigen Herkunftsländern wie Indien nicht der Fall. Die zweite Determinante ist, wie schwer es den Zuwanderern fällt, die Voraussetzungen für die Einbürgerung zu erfüllen und in welchem Maße sie hierfür gezielt investieren müssen. Das betrifft vor allem die geforderten ausreichenden Kenntnisse der deutschen Sprache und die Anforderung eines ohne staatliche Transferleistungen gesicherten Lebensunterhalts. Niedrigqualifizierte dürften dabei deutlich häufiger Schwierigkeiten haben als Akademiker. Gleichzeitig kann auch die Beschaffung der für die Antragstellung notwendigen Unterlagen und Nachweise ein substantielles Hemmnis darstellen (Geis-Thöne, 2022b).

### **Arbeitsmarktlage der eingebürgerten Bevölkerung**

Inzwischen entfällt ein substantieller Teil der Arbeitskräftebasis in Deutschland auf Personen, die aus dem Ausland zugewandert sind und infolge die deutsche Staatsangehörigkeit erworben haben. Im Jahr 2022 handelte es sich den Angaben im Mikrozensus zufolge bei 1,74 Millionen Erwerbstätigen um eingebürgerte Personen (ohne

eingebürgerte Spätaussiedler), was einem Anteil von 4,2 Prozent entspricht. Nimmt man die Aussiedler und Spätaussiedler mit in den Blick, kommt man sogar auf 3,34 Millionen oder 8,0 Prozent. Im Jahr 2012 lag die Anzahl der erwerbstätigen eingebürgerten Personen (ohne Spätaussiedler) erst bei 1,33 Millionen und ihr Anteil bei 3,4 Prozent. Inklusive der (Spät-)Aussiedler waren es 2,82 Millionen oder 7,2 Prozent. Die Anzahl der Eingebürgerten, die eine Fachkrafttätigkeit ausüben, für die in der Regel ein berufsqualifizierender Abschluss notwendig ist, beträgt 1,52 Millionen und deren Anteil von 4,1 Prozent ist nahezu identisch mit dem Anteil bei allen Erwerbstätigen. Hingegen ist der entsprechende Wert für die Eingebürgerten und (Spät-)Aussiedler mit 7,6 Prozent – die Gesamtzahl beträgt 2,83 Millionen – etwas niedriger als ihr Anteil an allen Erwerbstätigen. Im Jahr 2012 waren es erst 1,10 Millionen oder 3,2 Prozent eingebürgerte Fachkräfte und inklusive der (Spät-)Aussiedler 2,24 Millionen oder 6,4 Prozent (FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, DOI: 10.21242/12211.2022.00.00.1.1.1; DOI: 10.21242/12211.2012.00.00.1.1.1).

Gleichzeitig gibt es auch eingebürgerte Personen, die Schwierigkeiten am deutschen Arbeitsmarkt haben und auf staatliche Transferleistungen – konkret werden im Folgenden Leistungen nach dem Zweiten Sozialgesetzbuch (derzeit Bürgergeld), Sozialhilfe und Asylbewerberleistungen betrachtet – angewiesen sind, um ihren Lebensunterhalt zu sichern. Zwischen den Jahren 2012 und 2022 ist ihre Anzahl von 212.000 auf 196.000 (inklusive der (Spät-)Aussiedler von 380.000 auf 356.000) und ihr Anteil an allen Transferleistungsbeziehern von 5,6 Prozent auf 5,3 Prozent (10,0 Prozent auf 9,6 Prozent) zurückgegangen. Dennoch ist der Anteil der Eingebürgerten an den Beziehern staatlicher Transferleistungen, auch wenn man nur Personen im Kernverweilalter zwischen 25 und 64 Jahren in den Blick nimmt, mit 6,1 Prozent (inklusive (Spät-)Aussiedler: 10,7 Prozent) deutlich höher als ihr Anteil an den Erwerbstätigen mit 4,4 Prozent (8,6 Prozent) (FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, DOI: 10.21242/12211.2022.00.00.1.1.1; DOI: 10.21242/12211.2012.00.00.1.1.1).

Für einen Vergleich mit anderen Zuwanderern ist eine Eingrenzung der Zuzugszeitpunkte wichtig, um sinnvolle Aussagen treffen zu können. So werden im Folgenden, wie auch bereits im vorangegangenen Abschnitt, nur in den Jahren 2002 bis 2016 ins

## Arbeitsmarktlage der Zuwanderer der Jahre 2002 bis 2016 nach Staatsangehörigkeit

Tabelle

Personen im Alter zwischen 25 und 64 Jahren, Deutsche durch Geburt abweichend ohne Eingrenzung auf ein Zuzugsdatum, Anteile in Prozent; Stand: 2022

		Erwerbs- tätig	Darunter			Lebens- unterhalt durch Transfer- leistungen
			als Helfer	als berufliche Fachkraft	als Spezialist oder Experte	
<b>Gesamt</b>	<b>Eingebürgerte</b>	<b>80,1</b>	<b>13,0</b>	<b>44,4</b>	<b>42,6</b>	<b>6,2</b>
	Eingebürgerte und (Spät-) Aussiedler	80,0	17,7	48,4	33,9	8,1
	Ausländer	72,0	26,7	48,7	24,6	14,9
	Deutsche durch Geburt	84,6	6,8	52,4	40,9	3,8
<b>Akademiker</b>	<b>Eingebürgerte</b>	<b>84,8</b>	<b>4,1</b>	<b>23,1</b>	<b>72,8</b>	<b>3,2</b>
	Eingebürgerte und (Spät-) Aussiedler	83,8	5,0	25,5	69,5	4,4
	Ausländer	80,4	7,5	28,5	64,0	5,8
	Deutsche durch Geburt	92,1	1,0	13,7	85,3	0,7
<b>Beruflich Qualifizierte</b>	<b>Eingebürgerte</b>	<b>86,0</b>	<b>14,7</b>	<b>68,5</b>	<b>16,8</b>	<b>4,9</b>
	Eingebürgerte und (Spät-) Aussiedler	85,2	18,2	67,5	14,3	6,5
	Ausländer	82,6	23,5	63,4	13,1	7,6
	Deutsche durch Geburt	85,0	6,9	67,8	25,3	2,9
<b>Kein berufs- qualifizierender Abschluss</b>	<b>Eingebürgerte</b>	<b>69,8</b>	<b>25,6</b>	<b>56,6</b>	<b>17,8</b>	<b>11,3</b>
	Eingebürgerte und (Spät-) Aussiedler	72,0	31,1	54,8	14,1	12,8
	Ausländer	63,9	38,8	51,6	9,5	21,7
	Deutsche durch Geburt	69,0	14,1	58,9	20,6	14,0
<b>Männer</b>	<b>Eingebürgerte</b>	<b>89,6</b>	<b>9,8</b>	<b>43,4</b>	<b>46,8</b>	<b>5,7</b>
	Eingebürgerte und (Spät-) Aussiedler	87,8	13,4	49,3	37,3	7,5
	Ausländer	82,2	22,2	53,6	24,3	13,2
	Deutsche durch Geburt	87,2	5,5	48,5	46,0	4,1
<b>Frauen</b>	<b>Eingebürgerte</b>	<b>72,7</b>	<b>16,1</b>	<b>45,4</b>	<b>38,6</b>	<b>6,6</b>
	Eingebürgerte und (Spät-) Aussiedler	73,5	21,9	47,6	30,6	8,6
	Ausländer	60,1	34,0	41,0	25,1	16,8
	Deutsche durch Geburt	82,1	8,1	56,5	35,4	3,6

Quelle: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, DOI: 10.21242/12211.2022.00.00.1.1.1; eigene Berechnungen

Tabelle: <https://dl.iwkoeln.de/index.php/s/CkG6xWxEzqXCpgr>

Land gekommene Personen im Alter zwischen 25 und 64 Jahren betrachtet. Unter den Eingebürgerten in dieser Gruppe liegt der Anteil der Erwerbstätigen mit 80,1 Prozent deutlich höher als unter den Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit mit nur

72,0 Prozent. Unter den Erwerbstätigen ist wiederum auch der Anteil der als Fachkraft tätigen Personen mit 87,0 Prozent gegenüber 73,3 Prozent wesentlich höher. Dabei arbeiten sie insbesondere häufiger in Spezialisten- und Expertentätigkeiten, für die in der Regel ein Hochschulstudium oder eine Aufstiegsfortbildung, beispielsweise zum Meister, notwendig ist (Tabelle). Gleichzeitig leben mit einem Anteil von 6,2 Prozent deutlich weniger Eingebürgerte vorwiegend von staatlichen Transferleistungen als ausländische Staatsangehörige ohne Einbürgerung. Differenziert man nach Geschlechtern, sind diese Unterschiede bei den Frauen größer als bei den Männern. Gleichzeitig ist die Erwerbsbeteiligung der eingebürgerten Frauen deutlich geringer als bei den vorwiegend in Deutschland geborenen Frauen mit deutscher Staatsangehörigkeit durch Geburt. Für die eingebürgerten Männer findet sich dagegen sogar ein etwas höherer Wert. Differenziert man nach Bildungsstand, ist die Erwerbsbeteiligung von Eingebürgerten bei Personen mit beruflichem Abschluss sowie Personen ohne berufsqualifizierenden Abschluss ähnlich wie bei deutschen Staatsangehörigen durch Geburt. Bei Akademikern ist sie jedoch niedriger. Hingegen ergeben sich zwischen Eingebürgerten und Zuwanderern ohne deutsche Staatsangehörigkeit ähnliche Abstände. Auffallend ist, dass den Angaben im Mikrozensus zufolge auch ein großer Teil der eingebürgerten Personen ohne beruflichen oder hochschulischen Abschluss Fachkraftstellen besetzt, für die an sich ein derartiger berufsqualifizierender Abschluss notwendig sein sollte. Gleiches gilt auch für Deutsche durch Geburt ohne berufsqualifizierenden Abschluss. Warum dies der Fall ist, lässt sich im Rahmen der vorliegenden Untersuchung nicht klären.

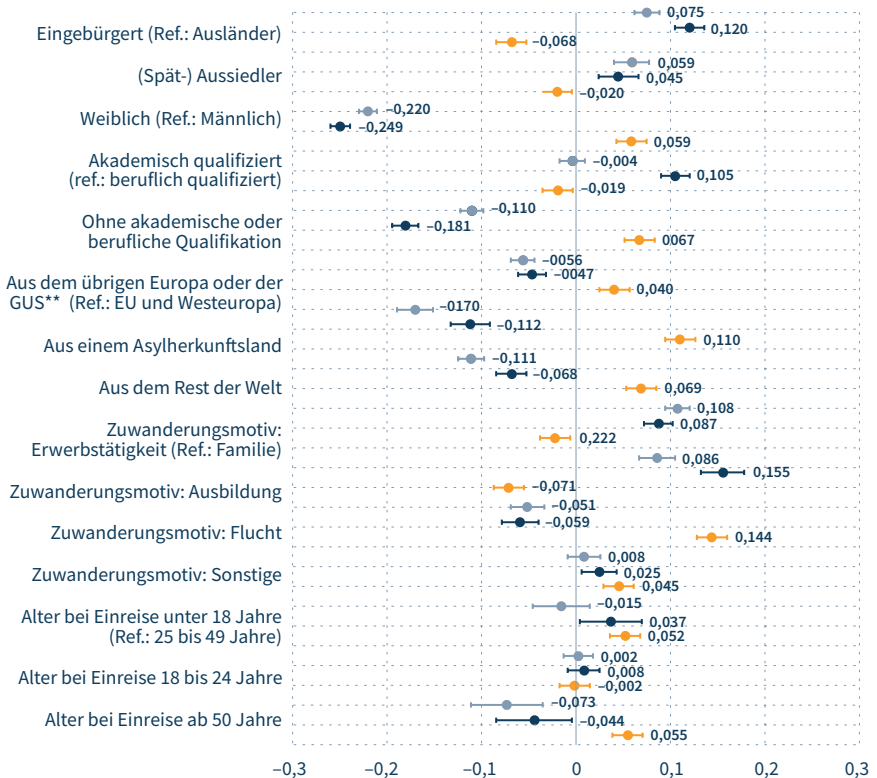
Kontrolliert man in einer multivariaten Analyse für die im vorangegangenen Abschnitt betrachteten soziodemografischen Charakteristika, sind die eingebürgerten Personen unter sonst gleichen Bedingungen um 7,5 Prozentpunkte häufiger erwerbstätig und üben im Verhältnis zur Gesamtgruppe (und nicht nur zu den Erwerbstätigen) um 12,0 Prozentpunkte häufiger eine Erwerbstätigkeit als Fachkraft aus als die in den Jahren 2002 bis 2016 zugewanderten Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit. Auch ist ein Bezug staatlicher Transferleistungen bei ihnen unter sonst gleichen Bedingungen um 6,8 Prozentpunkt seltener (Abbildung 6). Noch stärkere Zusammenhänge bestehen mit den Zuwanderungsmotiven und den Herkunftsregionen.

## Multivariate Analyse zur Beteiligung am Arbeitsmarkt und Einbürgerung

Abbildung 6

In den Jahren 2002 bis 2016 zugewanderte Personen\* im Alter zwischen 25 und 64 Jahren; Stand: 2022; Ausgewiesen wurden marginale Effekte und die zugehörigen 95-Prozent-Konfidenzintervalle

● Erwerbstätig ● Als Fachkraft erwerbstätig ● Bezug staatlicher Transferleistungen



Lesehilfe: Bei eingebürgerten Personen ist die Wahrscheinlichkeit, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen unter sonst gleichen Bedingungen um 7,6 Prozentpunkte höher als bei Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit.

Unter Kontrolle für das Alter und konkrete Einwanderungsjahr in fünf Jahreskategorien sowie das Wohnortbundesland.

\*Ohne Deutsche durch Geburt. \*\*Inklusive Russland und Türkei.

Quelle: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, DOI: 10.21242/12211.2022.00.00.1.1.1.; eigene Berechnungen

Abbildung 6: <https://dl.iwkoeln.de/index.php/s/mQZ7zKxKMXHop2P>

Diese Zusammenhänge sollten nicht als ursächlich interpretiert werden. So kann nicht nur die Einbürgerung die Lage am Arbeitsmarkt beeinflussen, sondern diese hat eindeutig auch einen Einfluss darauf, ob Zuwanderer sich einbürgern lassen (können). Dies ergibt sich allein schon daraus, dass ein ohne den Bezug staatlicher Transferleistungen gesicherter Lebensunterhalt nach § 10 Abs. 1 StAG eine Voraussetzung für die (Anspruchs-)Einbürgerung darstellt. Gathmann und Monscheuer (2020) zeigen anhand eines komplexeren Ansatzes, in dessen Fokus die Veränderungen im Kontext von zwei Reformen des deutschen Staatsangehörigkeitsrechts in den Jahren 1992 und 2000 stehen, dass die Einbürgerung tatsächlich kausale positive Effekte auf Beschäftigung und Löhne von Zuwanderern in Deutschland hat. Allerdings hat sich die Ausgangslage am deutschen Arbeitsmarkt seit dem Bezugszeitraum ihrer Untersuchung so grundlegend verändert, dass sich die Effektstärken inzwischen deutlich anders darstellen können.

Im Fokus der Diskussion über die Bedeutung des Einbürgerungsrechts für den deutschen Arbeitsmarkt steht in der Regel nicht, dass der Zugang zur deutschen Staatsangehörigkeit die Positionierung der im Land lebenden Zuwanderer verbessern kann. Vielmehr kann der Zugang für Fachkräfte aus dem Ausland, denen die Integration in den Arbeitsmarkt ohnehin gut gelingt, einen Anreiz schaffen, nach Deutschland zu kommen und hier zu bleiben. Dabei kann ein liberales Einbürgerungsrecht auch für Personen, die die deutsche Staatsangehörigkeit zunächst überhaupt nicht anstreben, ein wichtiges Zeichen dafür sein, dass sie in Deutschland willkommen sind. Hingegen ist die Staatsangehörigkeit im Arbeitsalltag in der Regel kaum relevant, sofern die Tätigkeit nicht mit Aufhalten außerhalb Deutschlands verbunden ist (Geis-Thöne, 2022b). Allerdings könnten sich manche Zuwanderer im Hinblick auf die Möglichkeit zur Einbürgerung stärker um eine gute Positionierung am deutschen Arbeitsmarkt bemühen. Sollte dies tatsächlich in größerem Maße der Fall sein, müsste man sich jedoch fragen, warum der ordnungspolitische Rahmen in Deutschland ansonsten zu wenig entsprechende Anreize bietet und eher in anderen Bereichen wie der sozialen Sicherung ansetzen.

Im Hinblick auf Analysen zu den Integrationsverläufen verschiedener Zuwanderergruppen in Deutschland lässt sich eindeutig feststellen, dass deren Lage am Arbeits-

markt zu pessimistisch eingeschätzt wird, wenn nur Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit betrachtet werden, da die Eingebürgerten insbesondere auch vor dem Hintergrund günstigerer qualifikatorischer Voraussetzungen am Arbeitsmarkt deutlich erfolgreicher sind. Gleichzeitig erreichen die Eingebürgerten nicht ganz das Niveau der in Deutschland aufgewachsenen Bevölkerung, sodass sich ihr Beitrag kaum pauschal abschätzen lässt. Dies ist vor allem ein Problem bei Analysen zur Integration von Personen aus den Asylherkunftsländern, die sich häufig vergleichsweise frühzeitig einbürgern lassen.

## Literatur

Bundesverwaltungsamt, 2025, Spätaussiedler und ihre Angehörigen: Registrierungen / Verteilungen nach Herkunftsstaaten, Zeitreihe 1950 – 2024, Köln

FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, DOI: 10.21242/12211.2022.00.00.1.1.1;  
DOI: 10.21242/12211.2012.00.00.1.1.1

Gathmann, Christina / Monscheuer, Ole, 2020, Fördert Einbürgerung die wirtschaftliche und soziale Integration?, in: ifo Schnelldienst, 73, Jg., Nr. 11, S. 3–9

Geis-Thöne, Wido, 2022a, Die Bedeutung der Zuwanderung für den wirtschaftlichen Erfolg Deutschlands, IW-Analyse, Nr. 151, Köln

Geis-Thöne, Wido, 2022b, Als Einwanderungsland braucht Deutschland ein modernes Staatsangehörigkeitsrecht, IW-Report, Nr. 46, Köln

Geis-Thöne, Wido, 2023, Rekordzuwanderung nicht nur aufgrund der Flucht aus der Ukraine, IW-Report, Nr. 42, Köln

Statistisches Bundesamt, 2023, Qualitätsbericht Mikrozensus 2022, Wiesbaden

Statistisches Bundesamt, 2024, Statistischer Bericht: Einbürgerungen 2023, EVAS Nr. 12511, Wiesbaden

Statistisches Bundesamt, 2025a, GENESIS-Online Datenbank, <https://www-genesis.destatis.de/datenbank/online> [23.10.2025]

Statistisches Bundesamt, 2025b, Statistischer Bericht: Einbürgerungen 2024, EVAS Nr. 12511, Wiesbaden

## Who Becomes a German Citizen? An Analysis based on the 2022 Micro-Census

According to micro-census data (and excluding the ethnic Germans who immigrated from eastern Europe in the 1990s and automatically received citizenship on arrival), in 2022 there were 2.69 million naturalised citizens living in Germany. This figure corresponds to 3.3 per cent of the population as a whole, while the 1.74 million who were in gainful employment represent, at 4.2 per cent, a slightly higher proportion of the country's total workforce. Of those aged between 25 and 64 who arrived in Germany between 2002 and 2016 and did not obtain German citizenship by other means, slightly more than one in ten (11.3 per cent) had become naturalised by 2022. This was particularly common among graduates, people who came to the country for vocational training and those who had arrived as children. A multivariate analysis shows the correlations under otherwise identical conditions. A country of origin accepted as grounds for asylum is a particularly prominent factor. In recent years, the proportion of Syrian nationals among those naturalised has increased significantly. In 2022, of those 25- to 64-year-olds who had entered the country between 2002 and 2016, the employment rate among those who had obtained German citizenship was, at 80 per cent, much higher than among those who had not (72.0 per cent). Indeed, it is almost on a par with the employment rate among those who acquired German citizenship at birth. Even under otherwise identical conditions – particularly with regard to educational attainment – there remain significant differences between naturalised citizens and immigrants without German nationality.